

Der Sozialstaat: Im Dienst der Freiheit...und der Gleichheit

VB verfassungsblog.de/der-sozialstaat-im-dienst-der-freiheitund-der-gleichheit/

Alexander Thiele Di 23 Jan 2018

Di 23 Jan 2018

Deutschland ist nach Art. 20 Abs. 1 GG ein Sozialstaat. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, was dieses Prinzip aus normativer Sicht verlangt. Wann also sind die gesellschaftlichen Verhältnisse so ausgestaltet, dass den normativen Anforderungen des Sozialstaatsprinzips hinreichend Genüge getan wird? Diese Frage war und ist in der Rechtswissenschaft hoch umstritten, was bei solch einem verfassungsrechtlichen Großprinzip auch kaum überrascht.

Eine in der Literatur zunehmend verbreitete liberale Lesart interpretiert das Sozialstaatsprinzip dabei vornehmlich aus der Perspektive der Freiheit des Einzelnen. Umverteilungen sind danach möglich, dürfen jedoch allein zur Sicherstellung der tatsächlichen Freiheit aller erfolgen. Die Intervention des Staates erfolgt mithin dazu, die Grundbedingungen freier gesellschaftlicher Entfaltung des Einzelnen zu gewährleisten und bewahrt dadurch die „Gesellschaft vor ihrer Selbstzerstörung.“ (*Böckenförde*). Grund und vor allem Grenze des Sozialstaats liegen damit in der Sicherung der grundrechtlichen Freiheit oder, in den Worten *Hans Michael Heinigs*: Der Sozialstaat steht im „Dienst der Freiheit“.

Die Konsequenz dieser Interpretation ist, dass den normativen Anforderungen des Sozialstaatsprinzips schon immer dann vollständig Genüge getan ist, wenn und soweit jeder Einzelne ausreichende Mittel zur Verfügung hat, um von seinen grundrechtlichen Freiheiten angemessen Gebrauch zu machen, wenn also die Mindestbedingungen eines freien, selbstbestimmten und damit menschenwürdigen Daseins gesichert sind. Weitergehende Umverteilungen können dann jedenfalls nicht durch einen Rückgriff auf das Prinzip des Sozialstaats gerechtfertigt werden. Es geht beim Sozialstaat mit *Harry G. Frankfurt* allein um individuelle Suffizienz.

Eine relationistische gleichheitsrechtliche Komponente enthält diese Interpretation hingegen nicht. Dadurch aber ist es zugleich jedenfalls aus normativer Sicht unmöglich, das Sozialstaatsprinzip überhaupt ins Spiel zu bringen, wenn es etwa darum geht, die nach einer soeben veröffentlichten Studie des DIW stark gestiegene soziale Ungleichheit in Deutschland anzuprangern. Einem solchen Einwand fehlt dann die normative Unterfütterung. Die Einführung einer Vermögensteuer mag insofern politisch diskutiert werden, die damit einhergehenden Grundrechtseingriffe verlangen jedoch nach einem normativ tauglichen Rechtfertigungsgrund, für den gerade das Sozialstaatsprinzip vor diesem Hintergrund nicht in Betracht kommt. Geht man nämlich davon aus, dass die bestehenden Hartz-IV-Sätze das Suffizienzprinzip beachten, kann das Auseinanderklaffen der sozialen Schere als Argument für weitergehende Umverteilung letztlich nicht angeführt werden. Für die Befürworter einer Vermögensteuer aber ist das ein großes Problem. Denn ohne verfassungsrechtliche Fundierung im Sozialstaatsprinzip rechtfertigt sich eine solche

Steuer letztlich allein zur angemessenen Sicherung der Finanzierung der Staatsaufgaben. Die Diskussion verengt sich dann auf die bisweilen sehr spezielle Frage nach einem gerechten Steuerrecht, das die Grenzen der individuellen Leistungsfähigkeit wahrt.

Angesichts des Menschenbildes des Grundgesetzes erweist es sich jedoch als fraglich, ob die Interpretation des Sozialstaatsprinzips tatsächlich ohne jede normativ bindende relationistische Gleichheitskomponente auskommen kann, die die soziale Situation des Individuums im Verhältnis zu den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft in den Blick nimmt. Das Bundesverfassungsgericht hat insoweit bereits frühzeitig festgehalten, dass das Grundgesetz nicht vom isolierten Individuum ausgeht, vielmehr dessen Gemeinschaftsbezogenheit betont. Dass sich dieser Umstand gerade bei der Interpretation des Sozialstaatsprinzips nicht auswirken sollte, erscheint zumindest überraschend.

Natürlich muss die Suffizienz auch weiterhin den Ausgangspunkt bilden. Anzuerkennen ist aber, dass die umfassende Bewertung der sozialen Stellung des Einzelnen eben nicht nur von den eigenen Verwirklichungschancen, den genannten „Mindestbedingungen“, sondern auch von denjenigen der anderen Mitglieder der Gemeinschaft abhängt. Die konkrete soziale Ausgestaltung einer Gemeinschaft muss zu jedem Zeitpunkt Ausdruck wechselseitiger, respektvoller Anerkennung sein, die aber durch Ungleichbehandlungen und Ungleichverteilungen beeinträchtigt wird. Das gilt vor allem im demokratischen Verfassungsstaat, der auf dem grundlegenden Versprechen der gleichen Freiheit aller aufbaut.

Prinzipiell ist die Ungleichverteilung von Ressourcen und Lebenschancen insofern entgegen liberalen Ansichten sehr wohl begründungsbedürftig aber – und hier liegt der Unterschied zu streng egalitaristischen Ansichten – prinzipiell auch begründungsfähig. Sie wird dementsprechend dort und erst dort zu einem Problem, wo sie ein Ausmaß erreicht, das einer solchen rationalen Begründung nicht mehr zugänglich ist und dementsprechend nicht mehr für alle Mitglieder der Gemeinschaft akzeptabel erscheint bzw. erscheinen kann. In einer solchen Situation droht die soziale Ungleichheit aufgrund der damit einhergehenden kränkenden Wirkung das einigende Band der Gemeinschaft zu zerreißen, da deren Mitglieder nicht mehr in der Lage sind, sich als politisch Gleiche überhaupt zu erkennen.

Bei den Bewohnern der „Gated Communities“ einerseits und der verarmten Vorstädte („Banlieues“) andererseits dürfte diese Fähigkeit wohl bereits verloren gegangen sein. Damit aber ist das Fundament der Demokratie in Gefahr, und zwar selbst dann, wenn jeder für sich im Übrigen über ausreichend Mittel verfügen sollte, dem Suffizienz-Prinzip also Rechnung getragen ist: „Auch dann, wenn hinreichend viel von einem zu verteilenden Gut vorhanden ist, so dass auch bei drastischer Ungleichverteilung die schlechter Gestellten immer noch nach absoluten Maßstäben relativ gut gestellt sind, ist eine ungleiche Verteilung ohne Grund inakzeptabel, sie kränkt die Betroffenen zu Recht.“ (*Nida-Rümelin*) Es geht bei der hier vorgeschlagenen Interpretation des Sozialstaatsprinzips folglich nicht darum, jedem notwendig gleich viel zuzuweisen, also um eine Gleichmachung um jeden Preis – ein Eindruck, der Befürwortern einer größeren Umverteilung immer wieder vorgeworfen wird –, sondern darum sicherzustellen, dass solche ungleichheitsbedingten Funktionsgefährdungen politischer Gemeinschaften, die auf der gleichen Freiheit aller errichtet sind, im Interesse sämtlicher Mitglieder der Gemeinschaft vermieden oder

beseitigt werden. Ziel staatlicher Maßnahmen muss es daher sein, das Ausmaß der sozialen Ungleichheit auf einem rational begründungs- und damit zugleich für alle Mitglieder des Gemeinwesens akzeptanzfähigen Niveau zu halten und dort einzuschreiten, wo dies nicht mehr der Fall ist.

Der Sozialstaat steht insofern im Dienst der Freiheit und der Gleichheit, wenn die Demokratie als umfassende Inklusionsstruktur wirksam werden soll. Damit erlaubt diese Interpretation des Sozialstaatsprinzips zwangsläufig auch ein größeres (allerdings keineswegs grenzenloses) Maß an Umverteilung, als das liberale rein freiheitsfunktionale Verständnis. Verfassungsdogmatisch könnte es mithin als normatives Fundament für die Rechtfertigung weitergehender Eingriffe in grundrechtliche Positionen herangezogen werden, als dies nach der Suffizienz-Lesart der Fall ist – etwa im Hinblick auf die Einführung der erwähnten und zuletzt von *Thomas Piketty* oder *Joachim Wieland* eindringlich geforderten (europäischen bzw. weltweiten) Vermögensteuer. Indem auf diesem Wege die Funktionsfähigkeit des politischen Gemeinwesens insgesamt gesichert wird, das auch die Grundlage des Reichtums derjenigen darstellt, die sehr viel mehr haben, als es das Suffizienzprinzip erfordert, kommt eine solche Interpretation im Ergebnis allen Mitgliedern des Gemeinwesens gleichermaßen zu Gute.

Dass die Frage, ab wann das Ausmaß der Ungleichheit zu einem Problem wird, welche Gründe für die bestehende Ungleichheit in der jeweiligen Gesellschaft mithin als noch akzeptabel erscheinen, damit noch nicht geklärt ist, ist in diesem Zusammenhang ebenso richtig wie unbeachtlich – nichts anderes gilt für das Suffizienzprinzip. Die Begründungsfähigkeit der sozialen Ungleichheit ist mangels objektiver Kriterien eine politische Frage und muss daher auch auf der politischen Ebene im demokratischen Diskurs beantwortet werden. Sie dürfte etwa in den USA anders beantwortet werden als in vielen europäischen Staaten. Mit der hier vorgestellten, auf kommunitaristische Ansätze zurückgehenden Interpretation des Sozialstaatsprinzips erführe eine entsprechende, auf eine Reduktion des Ausmaßes der Ungleichheit gerichtete Argumentation jedoch die notwendige normative (grundgesetzliche) Anerkennung.

Die Unterschiede wären zunächst einmal nicht gewaltig und bestünden vor allem darin, dass die politische Ebene fortan verpflichtet wäre, sich zum Ausmaß der sozialen Ungleichheit zu verhalten und Gründe zu liefern, warum und wie dieses aus ihrer Sicht noch rational begründbar ist. Wo das nicht überzeugend gelingen kann – zuletzt hat etwa *Pierre Rosanvallon* überzeugend dargelegt, dass eine solche Begründungsfähigkeit vor allem für die heutige erhebliche Einkommenskluft nicht besteht – wäre sie dann verpflichtet, auf einen begründungsfähigen Zustand hinzuarbeiten. Es käme dadurch zu einer geringfügigen Verschiebung des Blicks weg vom Individuum und hin zu den Funktionsbedingungen politischer Gemeinschaften. Das aber dürfte mit dem grundgesetzlichen Menschenbild, wie es das Bundesverfassungsgericht herausgearbeitet hat, sehr gut zu vereinbaren sein.

LICENSED UNDER CC BY NC ND

SUGGESTED CITATION Thiele, Alexander: *Der Sozialstaat: Im Dienst der Freiheit...und der Gleichheit*, *VerfBlog*, 2018/1/23, <https://verfassungsblog.de/der-sozialstaat-im-dienst->

